

Absender:

An den Bundesfinanzminister
Olaf Scholz
Wilhelmstr. 97
D-10117 Berlin

Betr.: Protest gegen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit des VVN-BdA

Sehr geehrter Herr Minister,

Ich/wir habe/n erfahren, dass das Finanzamt Berlin im November 2019 der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ die Gemeinnützigkeit entzogen hat. Der VVN-BdA ist die älteste deutschlandweite Organisation der überlebenden Verfolgten des Naziregimes.

Es ist beunruhigend, dass diese Vereinigung auf dem Umweg der Steuergesetze angegriffen wird. Ihre politische Tätigkeit gegen die alten und neuen Nazis, gegen Rassismus und den Abbau von demokratischen Rechten, für die Erinnerung an die Geschichte und ein internationales Verständnis des Antifaschismus wird durch diese steuerliche Benachteiligung stark gefährdet. Der VVN-BdA unterstützt die letzten Zeugen von Verfolgung und Widerstand im Dritten Reich.

Die Politiker verurteilen regelmässig die niederträchtigen Anschläge von Rassisten heute, wie z. B. den versuchten Anschlag auf die Synagoge in Halle oder die Ermordung von 9 Personen in Hanau bei Frankfurt a.M. mit Krokodilstränen. Gleichzeitig aber akzeptieren sie, dass antifaschistischen Organisationen die Gemeinnützigkeit entzogen wird.

Ich/wir fordere/ fordern Sie, Herrn Bundesfinanzminister und die Finanzminister der Bundesländer auf, Angriffe gegen eine Organisation der Zivilgesellschaft einzustellen, die sich aktiv gegen Neofaschismus und den Aufstieg rechtsextremer Organisationen einsetzt.

Ort und Datum, Unterschrift

Kopie an VVN-BdA e.V. Magdalenenstr. 18, D-10365 Berlin
oder bundesbuero@vvn-bda.de
und an: ch@forumcivique.org